

Presseinformation

17. September 2003

Niederösterreich stimmt Beitritt zur Bonner Konvention zu **Schabl: Übereinkommen schützt wandernde Tierarten besser**

Mit dem Abschluss des Diskussionsprozesses in Niederösterreich steht nun dem Beitritt Österreichs zur Bonner Konvention nichts mehr im Wege. Als letztes Bundesland gab nun auch Niederösterreich mit der Unterschrift des zuständigen Naturschutzreferenten, Landesrat Emil Schabl, „grünes Licht“ für den Beitritt zur Bonner Konvention. Schabl: „Mit dem Beitritt verpflichtet sich Niederösterreich, wandernde wildlebende Tiere zu schützen, deren Lebensräume zu erhalten und Hindernisse auf ihren Wanderwegen zu beseitigen. Derzeit sind schon mehr als 80 Staaten diesem Übereinkommen weltweit beigetreten.“

Ziele der seit 1979 bestehenden Bonner Konvention sind der weltweite Schutz und die Erhaltung wandernder wildlebender Tierarten im Rahmen internationaler Zusammenarbeit. „Wandernde Arten sind durch unterschiedliche Ansprüche an den Lebensraum auf ihrer Wanderung sowie durch Grenzüberschreitungen insbesondere von menschlichem Handeln bedroht. Soweit die Arten in ihrem Bestand gefährdet sind oder sich in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, sollen geeignete Schutzmaßnahmen dazu führen, dass sich die Bestände erholen, um damit nachhaltig den Fortbestand der gefährdeten Tiere garantieren zu können“, betonte Schabl.

„Mit ihren Bestimmungen reicht die Bonner Konvention deutlich weiter als das Washingtoner Artenschutzabkommen, das nur den internationalen Handel regelt, und bietet dadurch einen wesentlich besseren Schutz für die gefährdeten Tierarten. Die betroffenen Arten und ihre Lebensräume sind in Niederösterreich bereits weitgehend durch Landesgesetze, die Berner Konvention und die Ramsar-Konvention berücksichtigt und geschützt. Ich sehe den nunmehrigen Beitritt als einen weiteren Beitrag und eine Bereicherung für den gelebten Naturschutz in Niederösterreich, der wesentlich zum Erhalt der Artenvielfalt der Fauna und Flora in Österreichs größtem Bundesland beiträgt“, meinte Schabl.